



**Damit aus Volksbegehren bindende Volksabstimmungen werden:  
Unterstützen Sie das**

# **VOLKSBEGEHREN FÜR MEHR DIREKTE DEMOKRATIE!**

Text des Volksbegehrens:

Wir – die unabhängige Initiative für mehr direkte Demokratie in Österreich - beantragen die Beschlussfassung eines Bundesgesetzes für die Verwirklichung der Bürgerrechte für alle Staatsbürger durch direkte Demokratie, mit den wichtigsten Bestimmungen wie folgt:

## **1. Bindende Volksabstimmung ab hunderttausend Unterschriften**

Volksbegehren, die von mindestens hunderttausend Stimmberechtigten unterschrieben werden, müssen binnen sechs Monaten nach Einreichung der Unterschriften automatisch ohne weitere formale Hürden einer Volksabstimmung unterzogen werden, deren Mehrheits-Ergebnis für Parlament und Regierung bindend ist – so wie dies in der Schweiz schon seit vielen Jahrzehnten üblich ist und gut funktioniert.

## **2. Keine inhaltlichen Einschränkungen der Anliegen von Volksbegehren**

Gegenstand von Volksbegehren und Volksabstimmungen können auch in Zukunft alle Anliegen bzw. Sachfragen ohne jede inhaltliche Einschränkung sein.

## **3. Freie Unterschriftensammlung**

Unterschriften für Volksbegehren können frei gesammelt werden und müssen nicht wie bisher vor den Gemeindebehörden oder einem Notar geleistet werden. [Beglaubigung erfolgt nachträglich.]

## **4. Ehrliche Meinungsbildung**

Bei allen Informationsmitteln, die von der öffentlichen Hand, das heißt aus Steuergeldern (mit)finanziert werden (Wahlparteien, große Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen), müssen Befürworter und Gegner von Bürgeranliegen in gleichem Ausmaß zu Wort kommen.

**Die Initiative für mehr direkte Demokratie lädt ein:**

## **Infostände und Veranstaltungen**

### **Infostände zum Volksbegehren**

Mithilfe ist sehr willkommen!

**Freitag, 23. 5., 15 - 18 Uhr**

Mödling, Schrankenplatz (Fußgängerzone)

**Samstag, 31. 5., 10 - 17 Uhr**

Hallein, Perner-Insel (Austria Social Forum)

**Donnerstag, 5. 6., 16 - 18 Uhr**

Steyr, Stadtplatz

**Dienstag, 10. 6., 10 - 14 Uhr**

Villach, Stadtplatz

**Dienstag, 17. 6., 15 - 18 Uhr**

Wien 10, Reumannplatz, Ecke Quellenstraße

**Samstag, 21. 6., 10 - 14 Uhr**

Graz, Herrngasse (vor Landhaus)

**Donnerstag, 5. 6., 20 Uhr**

Hotel Mader  
Stadtplatz 36, Steyr

**Volksbegehren  
direkte Demokratie**

*Nur wählen ist zu wenig!*

Bürgergespräch

**Freitag, 13. 6., 19 Uhr**

Restaurant Neubauschenke  
Zieglergasse 25, 1070 Wien

**Bill Engdahl**

**Mit der Ölwanne zur Weltmacht**

Der Weg zu einer neuen Weltordnung  
Vortrag und Diskussion

*gemeinsam mit ARGE Ja zur Umwelt –  
Nein zur Atomenergie*

**Dienstag, 24. 6., 19 Uhr**

Restaurant Neubauschenke  
Zieglergasse 25, 1070 Wien

**Wolfgang Hingst<sup>\*)</sup>**

**Politisches Überlebensmodell  
direkte Demokratie**

<sup>\*)</sup> langjähriger ORF-Redakteur  
(help, Argumente, Im Brennpunkt)

mit Buchpräsentation  
„Paradies oder Weltuntergang  
Wir haben die Wahl“





## VOLKSBEGEHREN FÜR MEHR DIREKTE DEMOKRATIE – jetzt unterschreiben!

### Bürger müssen in wichtigen Fragen mitentscheiden können

Bürger müssen in wichtigen Fragen mitreden und mitentscheiden können! Dieser Gedanke findet seit einigen Jahren bei immer mehr Menschen großen Anklang. Warum? Weil unsere Demokratien - in Österreich und in anderen Ländern Europas - diese Modernisierung dringend nötig haben. Die Parteien im Parlament sind einander immer ähnlicher geworden, und dabei sind sie zu einem großen Machtapparat erstarrt. Nur kurz vor Wahlen wetteifern sie mit ausgeklügelten und sündteuren Werbekampagnen um die Gunst der Bürger, sonst aber machen sie die Sachen unter sich aus. Viel zu schwerwiegende Entscheidungen werden getroffen, ohne dass es davor eine ehrliche öffentliche Diskussion gibt. Sei es die schleichende Aushöhlung unserer Neutralität, sei es die Pensionsreform, der Ausverkauf des Sozialstaates oder die Privatisierung von Post, Bahn, Straße. Oder geht es um Lebensgrundlagen wie Wasser oder die Einführung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel - die Menschen, die es betrifft, können heute in Österreich noch nicht politisch wirksam eingreifen. (Auch das Gats-Abkommen der WTO, das die schrittweise Liberalisierung aller Dienstleistungsbereiche enthält, wurde 1995 still und leise von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Liberalem Forum unterzeichnet.)

Sicher fragen auch Sie sich schon lange, was man in dieser Situation tun kann.

### Volksbegehren für mehr direkte Demokratie jetzt unterschreiben - weil es uns betrifft

Wir Bürger müssen die Möglichkeit bekommen, durch Volksbegehren und Volksabstimmung einzugreifen und punktuell politische Entscheidungen



*Unterschreiben Sie direkt an einem Stand mit Notar...  
...oder auf Ihrem Gemeindeamt!*

selbst zu treffen. Daher will die unabhängige Initiative für mehr direkte Demokratie, eine Plattform verschiedener Bürgerinitiativen und Einzelpersonen, die gesetzlich bindende Volksabstimmung ab hunderttausend Unterschriften für ein Volksbegehren erreichen. Vorbild ist das Modell der Schweiz, wo das alles seit vielen Jahrzehnten üblich ist und gut funktioniert.

### Ist Österreich nach der Staatsreform noch eine demokratische Republik?

Wenn wir wollen, dass Österreich als Demokratie glaubwürdig sein soll, muss ihr Recht vom Volk ausgehen. Eigentlich steht das auch in unserer

Verfassung. Art. 1: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Es steht aber eine weitere einschneidende Veränderung bevor, über die nicht viel geredet wird: Eine große Staatsreform, an der bereits gearbeitet wird. Kein geringerer als der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Ludwig Adamovic, stellte schon vor fast drei Jahren folgendes fest:

„Die Republik Österreich muss sich von der Vorstellung verabschieden, dass alles Recht in Österreich vom Volk ausgeht, d.h. demokratisch legitimiert ist.“ (Kurier, 29. 11. 00) Sie haben richtig gelesen, wir sollen uns davon verabschieden, dass wir glauben, das Recht ginge - wie es Kennzeichen der Demokratie ist - vom Volk aus.

Am 17. Jänner dieses Jahres wurde diese Aussage vom neuen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Prof. Karl Korinek, in einem Radiointerview fast wortgleich wiederholt. Korinek leitete mit diesen Überlegungen seine Ausführungen über Ziele und Aufgaben der nun begonnenen Staatsreform ein. Er begründete seine Aussage mit der teilweisen Abgabe der Souveränität Österreichs durch den Beitritt zur EU im Jahr 1995. Da EU-Recht über nationalem Recht stehe, sei der §1 der Bundesverfassung eben überholt.

*Fortsetzung auf S. 2*

[Adresskleber]

**Unterstützen Sie uns bitte auch mit Spenden!  
Unsere Weiterarbeit wird ausschließlich damit finanziert.  
Erste Bank, BLZ: 20 111, Kontonr.: 046 650 66**

Sponsoringpost Nr. 02Z034563 S  
Verlagspostamt 1100 Wien

# Offene Diskussion über

*Die meisten Menschen wollen mehr politische Mitsprache. Doch, wie überall, gibt es*

## 1. Sind die Bürger zu dumm, um komplizierte Entscheidungen zu treffen?

Es ist völlig absurd, dass Politiker mehr Sachverstand besitzen sollen als normale Bürger. Im Gegenteil: Berufspolitiker reden zwar über alles, selten sind sie aber selbst Spezialisten. In den meisten Fällen haben sie zu einem Gesetz, das sie machen, gerade die Informationen, die ihnen die (Partei-)Experten in den Ausschüssen vorschlagen.

Bei jedem Volksbegehren müssen sich diejenigen, die es einleiten, über die Auswirkungen der von ihnen vorgeschlagenen Änderungen außerordentlich kundig machen und einen möglichst breiten öffentlichen Informations- und Diskussionsprozess darüber einleiten. Da ein Abstimmungsverfahren eine gewisse Zeit dauert und die öffentliche Diskussion nicht wie bei Wahlkämpfen über nichtssagende Schlagworte, sondern über Inhalte geführt wird, können sich auch alle Wahlberechtigten, die zur Abstimmung gehen, hohe Sachkenntnisse aneignen.

**Bürger besitzen genau so viel Sachverstand wie Politiker.**

## 2. Bindende Abstimmung ab 100 000 - eine Sache für Rechte, Radikale und Populisten?

Populismus ist gezielte Irreführung großer Bevölkerungsgruppen im Interesse der eigenen Macht. Volksbegehren, die von Parteien, Medien oder finanzstarken Gruppen veranstaltet werden, laufen tatsächlich Gefahr populistisch zu sein. Sie täuschen vor, sich einer Sache anzunehmen, obwohl alle wissen, dass Volksbegehren – noch! – keine echte politische Konsequenz haben.

*Ein kleiner Blick zurück - in die Zeit der Einführung der direkten Demokratie in der Schweiz, Ende des 19. Jahrhunderts!*



„Die Demokraten des 19. Jahrhunderts, die Väter der modernen Volksrechte, ließen sich von der Überzeugung leiten, im Volk sei ein deutlicher Wille nach politischer Veränderung vorhanden, er werde nur von den Behörden missachtet und gebremst. Unter den Gegnern der Neuerungen fanden sich einerseits solche, die vom Referendumsstaat die Blockierung fortschrittlicher Reformen befürchteten, andererseits elitär denkende Liberale, welche dem Volk schlicht den notwendigen Sachverstand abstritten sowie unkontrollierte Agitationen und eine zunehmende Schlüsselrolle gut organisierter Gruppen voraussagten.“

*Quelle: Schweizer Schulbuch*

*Von wegen: Die Schweizer sind anders....wir hören nur 120 Jahre später die gleichen Argumente gegen mehr direkte Demokratie, einzige Einschränkung: mittlerweile funktioniert sie seit genau dieser Zeit in der Schweiz sehr gut!*

Genau deshalb ist ein Volksbegehren, das eine bindende Abstimmung zur Folge hat, das einzige Mittel gegen den populistischen Missbrauch durch Parteien, große Medien oder finanzstarke Gruppen. Nur dadurch werden alle gezwungen, ehrliche Anliegen aufzuwerfen und Konsequenz in der Durchführung zu zeigen.

Wenn Rechte oder Radikale kämen, sind wir dann wirklich so schwächliche Demokraten, dass uns in einer öffentlichen Debatte keine vernünftigen Argumente einfallen würden?

**Volksbegehren, die zu einer bindenden Abstimmung führen, sind das beste Mittel gegen populistischen Missbrauch.**



## 3. Zerstört direkte Demokratie unser System, die repräsentative Demokratie?

Niemand, der sich für mehr direkte Demokratie einsetzt, will die repräsentative Demokratie beschädigen oder durch direkte Demokratie ersetzen. Direktdemokratische Elemente sollen das repräsentative System nur ergänzen. Die Gesetzgebung durch das Parlament bleibt die Regel. Doch wird auch diese durch die Möglichkeit direktdemokratischer Entscheidungen positiv beeinflusst: Wenn das Volk Entscheidungen jederzeit an sich ziehen und selbst treffen kann, werden auch parlamentarische Entscheidungen inhaltlich sehr viel stärker an den Mehrheitswillen der Wähler zurückgebunden.

**Direkte Demokratie soll die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern ergänzen und verbessern.**

*Fortsetzung von S. 1*

## Die Zeiten werden nicht von selbst besser - wir haben es in der Hand

Woher soll hier also eine Korrektur kommen, wenn nicht von den Menschen, die mit diesen Vorgängen nicht einverstanden sind und die sie verändern wollen. Parteien haben wenig Interesse an direkter Demokratie. Wer Macht hat, gibt sie nicht gerne ab - ja und? Demokratie und demokratische Mitbestimmung müssen von denjen-

nigen eingefordert werden, die sie wollen. Als verantwortungsbewusster Mitmensch ist es zuwenig, sorgenvoll die Stirn zu runzeln und unzufrieden zu lamentieren.

Die Zeiten werden nur besser, wenn wir auch etwas dazu tun. Und aktiv zu werden, dazu haben sich viele schon entschlossen! Deshalb gehen auch Sie

und unterschreiben Sie das Volksbegehren für mehr direkte Demokratie. Kopieren Sie die Unterstützungserklärung und geben Sie sie weiter. Wenn Sie mehr Unterlagen für Freunde, Verwandte und Bekannte benötigen, rufen Sie uns an. Sprechen Sie über das Volksbegehren. Warum soll etwas, das seit Jahrzehnten in der Schweiz funktioniert, bei uns nicht möglich sein?

# direkte Demokratie

*auch Gegner der direkten Demokratie. Was behaupten sie?*

## 4. Führt der Ausbau der direkten Demokratie zur Einführung der Todesstrafe?

Es ist vielfach belegt, dass diese Gefahr nicht besteht. Im folgenden nur einige Fakten dazu:

- Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) aus dem Jahr 1948, die die Ächtung der Todesstrafe enthält, steht in Österreich im Verfassungsrang. Das heißt, falls jemand die Todesstrafe in Österreich per Volksabstimmung tatsächlich einführen wollte, müsste er zuvor, ebenfalls per Volksentscheid, einen Ausstieg Österreichs aus der Bindung an die Menschenrechtskonvention zustande bringen: Die Hürden sind praktisch unüberwindbar.

- Außerdem sprechen alle verfügbaren internationalen Erfahrungen dagegen: In keinem amerikanischen Staat, in dem die Todesstrafe vor Einführung der Volksgesetzgebung bereits abgeschafft war, wurde sie über einen Volksentscheid wieder eingeführt. In der Schweiz wurde die Todesstrafe ohne Widerstand des Volks abgeschafft und mittels Volksgesetzgebung auch nicht wieder eingeführt.

**Die Gefahr der Einführung der Todesstrafe bei mehr direkter Demokratie besteht nicht.**

## 5. Volksabstimmungen ja - aber nicht über Budget- und Steuerfragen?

Es hält sich das hartnäckige Gerücht, es sei gefährlich, Volksabstimmungen über finanzielle Fragen abzuhalten. Die Bürger würden nur weniger Steuern zahlen und so dem Staat die nötigen Mittel entziehen. Diese Behauptung ist vielfach empirisch widerlegt. Schweizer Wirtschaftswissenschaftler der Universität St. Gallen fanden heraus, dass direkte Demokratie im Vergleich zur rein repräsentativen zu politisch und ökonomisch effizienteren Lösungen führt. Gerade die Mitbestimmung in Budget- und Steuerfragen führe zu größerem Vertrauen in die öffentliche Verwaltung und dadurch zu einem geringeren Ausmaß an Steuerhinterziehung, sowie insgesamt zu einer höheren Zufriedenheit der Bürger.

**Bürger-Mitbestimmung in finanziellen Fragen ist wichtig und sogar wirtschaftlich effizienter.**

## 6. Volksabstimmung ja - aber müssen wir dann nicht dauernd abstimmen?

Eine andere Gruppe von Zweiflern wittert eine Gefahr durch direkte Demokratie, wenn die Hürde für die Abhaltung einer Volksabstimmung bei „nur“ 100 000 Unterstützer-Unterschriften liegt. Sie meinen, bei 600 000 oder bei 900 000 Unterschriften könnten sie sich eine verpflichtende Volksabstimmung vorstellen - aber nicht bei 100 000.

Die Zahl 100 000 ist an das Schweizer Modell der direkten Demokratie angelehnt: Bei einer gegenüber Österreich um etwa 1/10 geringeren Einwohnerzahl genügen in der Schweiz für ein Referendum (Volksabstimmung über ein bereits beschlossenes Gesetz) 50 000 Unterschriften, für eine Volksinitiative (Bürgervorschlag für eine Verfassungsänderung) sind 100 000 Unterschriften erforderlich. Diese Anforderungen haben sich in unserem Nachbarland bewährt. Sie führen dort zu etwa 3 bis 4 bundesweiten Abstimmungsterminen pro Jahr - nicht mehr.

**100 000 Unterschriften reichen aus. Besser viermal im Jahr abstimmen als vier Jahre lang zuschauen!**



*Direkte Demokratie – ein Modell mit Zukunft!*

## Wo und wie kann ich das Volksbegehren unterschreiben?

Gehen Sie mit einem Lichtbildausweis und einer Unterstützungserklärung in Ihr Gemeindeamt (in Wien: in eines der Bezirksämter) und unterschreiben Sie dort vor dem Beamten (zu Hause unterschriebene Formulare sind ungültig!). In Wien wird Ihre Unterstützung vom Magistrat weitergeleitet, wenn Sie in den Bundesländern unterschreiben, senden Sie bitte selbst die amtlich bestätigte Unterstützungserklärung an die Adresse der „Initiative für mehr direkte Demokratie“ (PF 78, 1108 Wien).

## Unterstützungserklärungen

Unterstützungserklärungen können jederzeit von unserer Homepage heruntergeladen oder bei einer der „Initiative für mehr direkte Demokratie“ angefordert werden. Wir schicken sie Ihnen rasch zu.

**Reden Sie mit!  
Schreiben Sie uns  
Ihre Meinung  
[vb@direktedemokratie.at]  
oder rufen Sie uns an!  
[0676-777 46 87]**

### Hinweis

## Friedensvolksbegehren gestartet

Die Plattform „Neutralität statt Euro-Armee“ hat mit dem Volksbegehren für Friedenspolitik durch aktive Neutralität statt NATO-Anbindung und Beteiligung an einer EU-Armee eine mutige Initiative gestartet.

Forderungen sind:

- Österreich verpflichtet sich zu aktiver Neutralitätspolitik
- Keine Beteiligung an einer EU-Armee
- Ausstieg aus NATO Partnerschaft (PfP)
- Keine Umrüstung unseres Bundesheeres in Richtung Angriffsarmee

Unterstützungserklärungen können Sie bei der *Initiative für mehr direkte Demokratie* anfordern - Sie können dieses Volksbegehren auch an unseren Infoständen unterschreiben - oder direkt in der *Friedenswerkstatt Linz* (Waltherstraße 15b, 4020 Linz) beziehen.

**www.friedensvolksbegehren.at**